

dem sie zunächst ihre Rechtsform verloren hatten, wurden sie in Reichssender umbenannt und der vom Propaganda-Ministerium gelenkten Reichsrundfunk-Kammer unterstellt. Aus der Schlesi-schen Funkstunde wurde ab dem 1. April 1933 der Reichssender Breslau.

Weil der Reichssender Breslau in west-lichen Teilen der Provinz Schlesien schlecht zu empfangen war, errichtete die Leitung des Senders 1937 in der Stadt Reichenbach/Oberlausitz einen hundert Meter hohen Sendemast. Er galt zu dieser Zeit als der technisch und baulich modernste Rundfunksender im Deutschen Reich. Zugleich wurde im Görlitzer Ständehaus ein Studio einge-richtet, das Programmteile nach Breslau lieferte. Als im Oktober 1938 das Sude-tenland von Deutschland okkupiert wurde, kam der im Grenzgebiet stehende tschechische Sender Troppau mit seiner Sendestation in Schönbrunn zum Reichs-sender Breslau.

Während manche Rundfunkhäuser im Westen und Süden des Reiches von Bomben getroffen wurden und ihren Sendebetrieb einstellen oder an andere Ort verlegen mussten, blieb das Breslauer Funkhaus von Schäden verschont. Für das Ende sorgten die Deutschen selbst. Am 7. Februar 1945 stellte der Reichssender Breslau den Sendebetrieb ein. Die technischen Anlagen wurden, um sie nicht in die Hände der Sowjets fallen zu lassen, von der Wehrmacht demontiert. Einer der letzten Sender, der die Goebbelschen Durchhalteparolen verbreiten konnte, war Görlitz. In der dortigen Stadthalle hielt der Propaganda-minister am 9. März 1945 eine Rede, die übertragen wurde. Am 7. Mai, einen Tag vor der bedingungslosen Kapitulation, sprengten deutsche Truppen den Sendemast in Reichenbach.

Aus dem alten Funkhaus an der heuti-gen Karkonoska-Allee sendet Polskie Radio Wroclaw seine UKW-Hörfunkpro-gramme. Zu dem Gebäude der Schlesi-schen Funkstunde gesellten sich Erwei-terungsbauten, vor allem Fernsehstudios. In Rothsürben wurde 1976 ein neu-er, 260 Meter hoher Sendemast errich-tet. Er löste den ursprünglichen Holz-turm aus dem Jahre 1932 ab. Der blieb noch einige Jahre als Reserve erhalten. Erst 1990 wurde die einst bestaunte Konstruktion aus deutscher Zeit wegen Baufälligkeit gesprengt.

Peter Pragal

Die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums

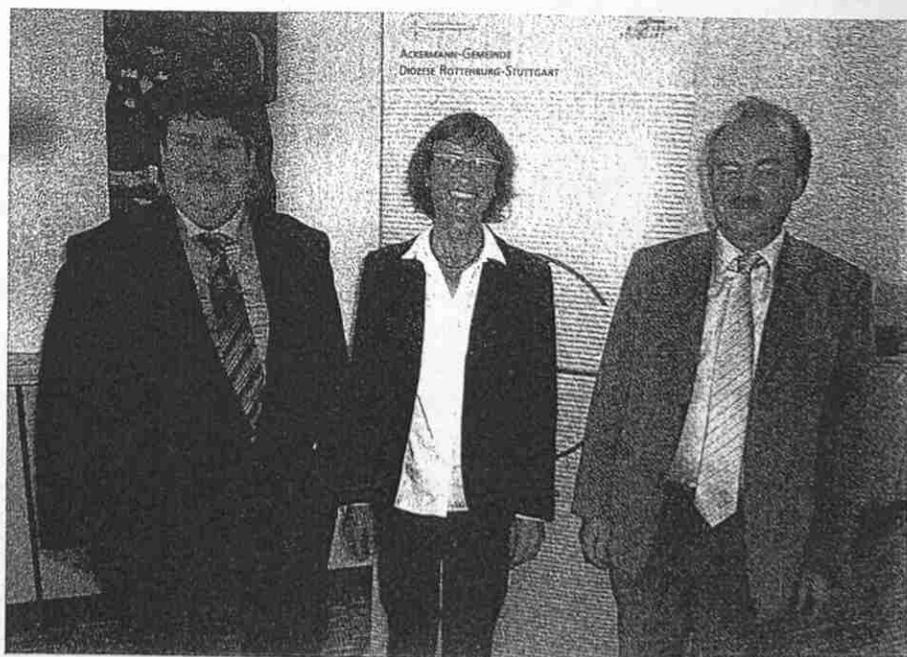
Diözesantag der Ackermann-Gemeinde

Unverkennbar liege im Evangelium der Impetus zu sozialer Verantwortung, doch die Christen, sowohl Einzelne wie auch die gesamte Hierarchie der Kirche, hätten vor diesem Anspruch versagt. Sie hätten sich in Anpassung an gesellschaftliche Strukturen zu sehr auf die Seite der Mächtigen geschlagen, seien gar zum Schutzschild für die Oberen Zehntausend geworden und hätten dabei sich selbst wie auch den führenden Schichten geschadet, weil deren Verantwortungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft abgestumpfte. Aufgrund von äußeren Rücksichten und Berechnungen seien sie vom Weg des Evangeliums abgewichen und müssten nun bei Gottesleugnern, nämlich bei Sozialisten und Kommunisten, in die Schule gehen.

Der Mann, der solch gewagte Auffas-sungen vertrat, war Katholik und der Kirche keineswegs feindlich gesinnt. Aber in seiner Klarsichtigkeit für die drängende Problematik der sozialen Fra-

ge in seiner Zeit – Kapitalismus versus Proletariat –, als Pragmatiker und reali-tätsnaher Strategie mit Augenmaß für das politisch Durchsetzbare war er auf Aus-gleich bedacht und verwarf daher dog-matische Standpunkte der Kirche. Beim Befreiungskampf um die Rechte der Arbeit und des Arbeiters habe die Kirche schlichtweg auf deren Seite zu stehen.

Es war Karl Hilgenreiner (1867-1948), aufgewachsen in Westböhmen, Profes-sor für christliche Gesellschaftslehre und Kirchenrecht an der deutschen Universi-tät Prag, nach dem Ersten Weltkrieg im neuen tschechoslowakischen Staat als christlicher Politiker und Sozialreformer tätig, von 1920 bis 1939 auch parteipoli-tisch. Unter Führung Hilgenreiners und mit einem auch von ihm ausgearbeiteten Parteiprogramm gewann die christlich-soziale Bewegung in Böhmen politisches Gewicht. Angesichts einer breiten Domi-nanz sozialdemokratischer und sozialisti-scher Ideen erschien es ihm dabei beson-ders dringlich zu sein, über die materia-listische Basis dieser Ideologien aufzuklä-ren und sich davon abzugrenzen. Das hinderte ihn allerdings nicht, ihr Bestre-ben zur Schließung der klaffenden



Das Foto zeigt (v.l.n.r.) Bernd Posselt, Prof. Dr. Lydia Bendel-Maidl, Prof. Dr. Rainer Bendel.

Gerechtigkeitslücke anzuerkennen und sich ihm anzuschließen. Jedoch dürfe die Kirche sich nicht in den Kampf verschiedener Gruppen, Stände und Klassen stellen, dürfe nicht polarisieren, sondern müsse für das Miteinander und Füreinander eintreten, gleich weit entfernt von egoistischem Kapitalismus und unnatürlicher Gemeinwirtschaft, als oberstes Ziel den ganzen, den sozialen Menschen im Auge, mit seinem Recht auf Privateigentum, das aber eine unbedingte Begrenzung durch die Notwendigkeiten des Gemeinwohls erfährt.

Katholische Vertriebene und die Sozialpolitik

Hilgenreiner und sein „Christlicher Sozialismus“ standen im Mittelpunkt des Vortrags von Prof. Dr. Lydia Bendel-Maidl, des ersten bei diesem Diözesan-tag am 25. Januar 2015 in Ulm-Wiblingen. Im Anschluss beleuchtete Prof. Dr. Rainer Bendel das Thema „Katholische Vertriebene und die Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“.

Die Vertriebenen haben in der jungen Bundesrepublik in ihrer ökonomischen und sozialen Notlage und durch ihre daraus erwachsenden Forderungen breiten Handlungsbedarf geschaffen mit vielfältigen Impulsen und Konsequenzen in den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Der Beitrag der Vertriebenen zur Sozialpolitik und damit auch zu einem kardinalen Steuerungsmittel gesellschaftlicher Stabilisierung und Befriedung sei wissenschaftlich bislang „so gut wie nicht explizit aufgeworfen worden“, obwohl die von Vertriebenen weitgehend initiierte, getragene und auch gegen Widerstände auf den politischen Weg gebrachte Sozialpolitik sich damals von ihrer Fixierung auf die Arbeiterpolitik löste, ins Zentrum des Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses rückte, ältere nationalistische Integrationsmechanismen weitgehend ablöste, als Ordnungsfaktor den volkswirtschaftlichen Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft beschleunigte und zum Modell der sozialen Marktwirtschaft, zum Katalysator des Wirtschaftswunders wurde.

Bendel nannte als einen der Väter dieser Umwälzung Hans Schütz. Er war eine zentrale Figur des sozialen Katholizismus und für die Vertriebenen eine

wichtige Integrationsfigur. Bereits bei der ersten Tagung der heimatlosen Priester vom 6. bis 8. August 1946 in Eichstätt referierte der frühere christliche Gewerkschafter in Mähren, Jungaktivist in der ersten tschechoslowakischen Republik und Angehöriger der sudetendeutschen christlich-sozialen Arbeiterpartei über die weit gespannten Aufgaben, die sich aus dem Flüchtlingsstrom ergaben. Schütz war damals Vorsitzender des Hauptausschusses für Flüchtlingswesen beim Staatskommissar in München. In seiner Analyse der Lage der Flüchtlinge im Nachkriegsdeutschland werden die dringlichen Handlungsfelder deutlich: das Wohnraumproblem, die Ernährungslage, die Situation auf dem Arbeitsmarkt und grundlegend die Frage nach der Eigentumsverteilung. Im August 1946,



Hans Schütz, etwa 1980.

also zu einer Zeit, als die meisten Vertriebenen noch an Rückkehr in die alte Heimat dachten, forderte Hans Schütz als erster einen Lastenausgleich. Schütz war Seele und Motor einer Reihe von Gesetzen, die nicht nur für die Zukunft der Vertriebenen, sondern aller Deutschen entscheidend wurden.

Hans Schütz – Vordenker und Gestalter

Der religiöse Mensch ist für Hans Schütz notwendig auch ein sozialer. Schütz gehörte zu den Vordenkern und Gestaltern etwa bei der rechtlichen Gleichstellung der Vertriebenen mit den Einheimischen, beim Bundesvertriebenengesetz, beim Lastenausgleich, bei Wohnungspolitik und Eigentumsbil-

dung, Rentenreform, Existenzgründung, Beteiligung der Arbeiterschaft an ihrem Betrieb, Familienausgleich durch Kinderzulagen, alles Errungenschaften, die eine pazifizierende, das erschütterte Selbstbewusstsein der Entwurzelten heilende Wirkung hatten und heute Grundsäulen unseres Sozialsystems darstellen.

Seit den Tagen von Hans Schütz seien Paneuropa-Bewegung und Ackermann-Gemeinde eng miteinander verbunden, leitete der CSU-Politiker, langjährige Europaparlamentarier und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe Bernd Posselt sein Thema ein und sprach präzise mit freihändiger Eloquenz und historischer Kennerschaft. „Seehofers bester Mann“, wie die „Süddeutsche“ titelte, freute sich trotz seines berstenden Terminkalenders über die Einladung nach Ulm, „unbedingt“ wollte er sogar alle Vorträge hören. Mit viel Detailkenntnis zeigte Posselt einige Entwicklungslinien zur Frage der Sozialverantwortung. Das alte Österreich sei diesbezüglich durch seine Gemengelage besonders schöpferisch gewesen, am fortschrittlichsten für ganz Europa die böhmischen Länder. Die besten Köpfe hätten das innovative Wiener Klima aufgesucht, um soziale Ideen zu entwickeln. Kaiser Karl habe in seiner kurzen Regierungszeit 1916-18 das erste Sozialministerium der Welt eingerichtet, ebenso war das weltweit erste Gesundheitsministerium das österreichische. Durch soziale Gerechtigkeit hoffte man, nationale Konflikte zu entschärfen. Organisationen wie die Ackermann-Gemeinde versuchten, so Posselt, an die se in Vergessenheit geratenen Traditionsströme zu erinnern und sie für die heutige Gesellschaft fruchtbar zu machen.

In kühner Hellsichtigkeit hatte Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalerg Identität und Selbstverständnis einer künftigen Europa vorgedacht. Er wollte die nationale Vielfalt bewahren, aber gleichzeitig Markt, Währung, Parlament Regierung und Verteidigung vergemeinschaften, grenzüberschreitend Minderheiten- und Volksgruppenrechte schaffen und so friedentiftend die Nationalitätenfrage lösen, eine Aufgabe, die Europa unter aktiver Mitwirkung Posselts auch heute noch beschäftigt. Ein europäischer Patriotismus, schloss der glühende Europäer, soll den regionalen und nationalen ergänzen und krönen, was sowohl weltweit wie auch innerstaatlich sinnvoll sei

Stefan P. Tepper